Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1951/52

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **232 (1953)**

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-375471

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1951/52

Trotz Andauern des Koreakonflikts und der großen Unsicherheit, die der unveränderte Fortbestand der weltpolitischen und ideologischen Spannung zwischen Westen und Osten weiterhin bedeutet, hatte die Weltwirtschaft im vergangenen Jahre, z. T. gerade wegen der vermehrten Rüstungsvorbereitungen eine rege Tätigkeit zu verzeichnen. Wenig erfreulich für die Weltwirtschaft haben sich die Verhältnisse im vordern Orient entwickelt, nachdem Persien die Engländer von seinen Ölfeldern vertrieben hat und auch Ägypten wie das übrige Nordafrika sich jeder Vormundschaft Europas zu entledigen suchen. Anderseits ist durch den im Berichtsjahr abgeschlossenen Friedensvertrag mit Japan dieser große Oststaat zu neuem Eigenleben erwacht, was sich alsbald auch in vermehrter wirtschaftlicher Aktivität geäußert hat. Auch Westdeutschland hat sich wirtschaftlich mächtig vorwärts entwickelt, sodaß es drauf und dran ist, seine frühere starke Wirtschaftsstellung zurückzuerobern.

Auf den mit der Rüstung in Zusammenhang stehenden Rohstoffmärkten hat sich eine Materialknappheit geltend gemacht, die zwar durch eine internationale Quotenzuteilung gemildert werden konnte, aber dennoch preistreibend gewirkt hat. Umgekehrt vermochten bei einzelnen Konsumgütern wie der Wolle die Käufer eine Herabsetzung der überhöhten Preise durchzusetzen. Trotzdem auch durch die Mittel der Diskontpolitik den vorhandenen inflatorischen Tendenzen entgegengearbeitet wurde, konnte der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus nicht ganz verhütet werden. Dabei zeigte es sich, daß die Preiserhöhung in den Ländern, die 1949 abgewertet hatten, stärker war als dort, wo man bei der alten Währungsparität verblieben war.

Enttäuschend war, daß die in Verbindung mit der europäischen Zahlungsunion eingeführte Liberalisierung des internationalen Warenverkehrs nicht recht zur Geltung kommen konnte, da wichtige Länder wie Frankreich und Großbritannien, aber auch Deutschland unter dem Druck ihrer prekären Währungslage ihre Einfuhr im Gegensatz zu ihrer Liberalisierungsverpflichtung stark einzuschränken begannen. Vielerorts sind die Bemühungen um Liberalisierung auch durch Erhöhung der Zollschranken vereitelt worden. So hat auch die Zahlungsunion nicht das bringen können, was man von ihr erwartet hatte. Allerdings bemühen sich neben dieser Organisation sowohl der internationale Währungsfonds (Gatt) und die Organisation européenne de coopération économique (OECE) um eine bessere Koordination der Weltwirtschaft. Ferner ist im vergangenen Jahr die schon lange vorbereitete Stahl- und Kohlengemeinschaft (Plan Schuman) zum Abschluß gekommen, die vor allem die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs auf diesem Gebiet zum Ziele hat.

Die schweizerische Wirtschaft erfreute sich im abgelaufenen Jahr einer ausgesprochenen Hochkonjunktur, mit anhaltend starker Auslandsnachfrage und guten Exportziffern, was z. T. eine Errungenschaft des Beitritts der Schweiz zur europäischen Zahlungsunion mit der damit verbundenen Liberalisierung des Warenverkehrs darstellt. Damit war ja auch die für unsern Export so hinderliche Disqualifizierung unserer Hartwährung eliminiert worden. Im Laufe des Jahres sind nun allerdings bei der Konsumgüterindustrie nicht unerhebliche Absatzrückgänge eingetreten, während bei den mit der Rüstung in Zusammenhang stehenden Industriezweigen die gute Konjunktur anhielt. Das Preisniveau erfuhr unter dem Druck der Konjunktur, aber auch von der Importseite her, einen weitern Auftrieb, der dann allerdings ab Mai 1951 einem kleinen Rückgang Platz machte. So stieg der Großhandelsindex von 218 im Dezember 1950 auf 231 im Mai 1951, fiel dann wieder auf 223, um im Dezember 1951 erneut auf 217 anzusteigen und im Mai 1952 220 zu erreichen. Der Lebenskostenindex dagegen, der im Dezember 1950 noch 160,8 betragen hatte, stieg bis Ende 1951 auf 172, er betrug im Mai 1952 170,8. Wenn die Steigerung der Lebenskosten auch schwächer war als in den meisten ausländischen Staaten, so ist doch die Kaufkraftschrumpfung so empfindlich, daß er wieder zu entsprechenden Lohnerhöhungen geführt hat. Wären nicht die Mietzinse immer noch durch die Preiskontrolle gebunden, so würde die Lebenskostensteigerung stärker ausgefallen sein. Nicht zuletzt mit dieser Begründung wird auch die Aufrechterhaltung der Preiskontrolle durch eine auf 5 Jahre befristete Verfassungsvorlage verlangt. Eine weitere Preisbremse auf diesem Gebiet ist durch ein Gentlemens Agreement der Banken bezüglich Zurückhaltung in der Finanzierung von Neubauten geschaffen worden.

Die Landwirtschaft erzielte im vergangenen Jahre unterschiedliche, im allgemeinen hinter den Erwartungen zurückbleibende Erträge. Heu und Emd gab es reichlich, aber wegen nasser Witterung nicht von guter Qualität. Ackerfrüchte und Obst gerieten nicht besonders gut; dafür war die Weinernte umso ausgiebiger, wo aber die Verwertung kostspielige staatliche Hilfsmaßnahmen veranlaßte. Der Anbau an Ackerfrüchten war flächenmäßig mit 257 000 Hektar hinter der erstrebten Norm zurückgeblieben. Dagegen hat die gute Futterversorgung eine weitere Erhöhung des Rindviehbestandes herbeigeführt. Der Gesamtrohertrag der schweizerischen Landwirtschaft betrug im Berichtsjahr 2310 Mill. Fr. gegen 2261 Mill. im Vorjahr, was eine Verbesserung von nur 2,2 Prozent ausmacht, während die Betriebsausgaben um 6,9 Prozent zugenommen haben. Das Gesamteinkommen der Landwirtschaft ist daher um 25 Millionen Franken zurückgegangen. Da jedoch die fremden Arbeitskräfte durchwegs bessere Löhne erzielten, ist das Erwerbseinkommen des Landwirts selber noch weiter, das heißt um 4,3 Prozent zurückgegangen. Es wiegt dies umso schwerer, da gleichzeitig die meisten andern Brufsgruppen eine mehr oder weniger große Steigerung ihres Einkommens zu verzeichnen haben. Mit Rücksicht auf diese Tatsache, war das am 30. März 1952 von Volk und Ständen angenommene Landwirtschaftsgesetz nun wirklich fällig. Ohne den Schutz und die Stütze, den dieses Gesetz unserem Nährstand gewährt, wäre ein weiteres Abbröckeln des Bauerntums zum größten Schaden unseres Landes unvermeidlich. Das

Gesetz gibt nun den Bundesbehörden die Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion gegenüber allzu bedrohlichen Konkurrenz-Importprodukten in Schutz zu nehmen, es soll aber auch in vermehrtem Maße auf die qualitative Hebung der bäuerlichen Erzeugung und die Verbesserung ihrer Verwertungsmöglichkeiten hingearbeitet werden.

Von der Industrie im gesamten war schon die Rede. Die Metall- und Maschinenindustrie war im vergangenen Jahre fast ausnahmslos sehr gut beschäftigt. Freilich kostete es da und dort gewisse Mühe, die erforderlichen Rohmaterialien hereinzubringen. Rund 45 Prozent der Produktion war für das Ausland bestimmt. Die Elektrizitätsindustrie erlebte ein Rekordjahr, ebenso die Uhrenindustrie. Diese profitierte sichtlich von den Vorteilen der Liberalisierung des Warenverkehrs. Auch die chemisch-pharmazeutische Industrie vermochte eine weitere Exportsteigerung zu erzielen. In der Textilindustrie flaute die anfänglich ebenfalls gute Konjunktur gegen Ende des Jahres ab. Bei der Wolle übte der jähe Preisrückgang eine lähmende Wirkung aus. Auch bei der Baumwolle begann die anfänglich noch gute Konjunktur abzuflauen, ebenso bei der Kunstseide und der Seide. Für die Stickerei war das Berichtsjahr ein gutes Jahr. Die noch vorhandenen Stickmaschinen waren voll ausgenützt.

Das Baugewerbe stand immer noch in vollster Tätigkeit. Es wurden auch viele öffentliche Bauten (Festungsbau, Spitäler, Schulhäuser, Straßen) ausgeführt, trotzdem der Delegierte für Arbeitsbeschaffung nach Kräften gebremst hatte.

Die Hotellerie hatte auch wieder einmal bessere Zeiten. Die Zahl der Logiernächte der Ausländer war 1951 wesentlich höher als im Vorjahr. Anstelle der infolge steigender Restriktionen fehlenden Engländer sind wiederum die Deutschen als Hotelgäste erschienen.

Auf dem Geldmarkt war eine etwas geringere Geldflüssigkeit zu beobachten als in den frühern Jahren. Es ist dies ein Zeichen steigender Kapitalbedürfnisse der stark beschäftigten Wirtschaft. Der Privatabsatz blieb auf 1½ Prozent, dagegen ist im Zinsfuß der Staatsobligationen und ihrer Rendite eine kleine Aufwärtsbewegung auf 2,9 Prozent eingetreten. Der Notenumlauf hatte leicht steigende Tendenz, er näherte sich Ende 1951 der Fünfmilliardengrenze. Der Goldbestand der Nationalbank hatte nur mäßige Schwankungen aufzuweisen und bewegte sich um die sechs Milliarden herum. Im Bankwesen herrschte entsprechend der guten Konjunktur eine vermehrte Geschäftstätigkeit. Auch die Emissionstätigkeit nahm zu. Von den 1267 Millionen Franken emittierten Titel entfielen 434 Millionen Franken auf Neuanlagen gegenüber 170 Millionen Franken im Vorjahr. Sehr lebhaft war auch das Börsengeschäft.

Der Außenhandel ergab im vergangenen Jahre erhöhte Zahlen. So stieg die Einfuhr im Jahre 1951 gegenüber dem Vorjahr von 4536 auf 5916 Millionen Fr. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1951 4691 gegenüber 3911 Millionen Franken im Vorjahr. Der Einfuhrüberschuß hat somit im abgelaufenen Jahre 1224 Millionen Franken gegenüber 625 Millionen im Vorjahr betragen. Der Anteil Europas am Import steigerte sich auf 65 Prozent; bei der Ausfuhr betrug er 59 Prozent. Wieder ist wie in den frühern Zeiten Deutschland zum wichtigsten Außenhandelspartner der Schweiz geworden.

Die handelspolitische Tätigkeit war im vergangenen Jahre recht rege. Es wurden zahlreiche Handels- und Zahlungsabkommen abgeschlossen oder verlängert. Die Liberalisierung des Warenverkehrs eröffnete der Schweiz zusätzliche Absatzmöglichkeiten, brachte ihr aber auch vermehrte Konkurrenz. Mit ihren niederen Zollansätzen steht sie gegenüber Ländern mit verschärften Zollschranken mehr und mehr im Hintertreffen. Mit Rücksicht auf den Mangel einzelner Rohstoffe und Halbfabrikate mußte die Außenhandelskontrolle etwas verschärft werden.

Das wirtschaftspolitisch wichtigste Ereignis der letzten Zeit war die Annahme des neuen Landwirtschaftsgesetzes, das bereits erwähnt wurde. Abgelehnt wurde dagegen in der Volksabstimmung vom 2. März die Verlängerung der Bewilligungspflicht für die Eröffnung und Erweiterung von Gasthöfen und ist auch bereits gegen die dauernde Verankerung der Tabakkontingentierung ein Referendum zustandegekommen. Es sind dies Symptome dafür, daß weite Kreise des Schweizervolkes Staatseingriffe in die Wirtschaft, wo sie nicht notwendig sind, wie beim Landwirtschaftsgesetz, verurteilen.

Die eidg. Staatsrechnung 1951 schloß bei einem Einnahmentotal von 1812 Millionen Franken und einem Ausgabentotal von 1889 mit einem Minus von 77 Millionen Franken ab. Mehr als ein Drittel der Ausgaben fallen auf Militärausgaben, ein Viertel auf Bundessubventionen, je ein Siebentel auf das Personal und die Verzinsung der Anleihen. Von den Einnahmen entfallen fast ein Viertel auf Steuern, die das Vermögen und das Einkommen belasten; etwas über eine Milliarde zieht der Bund aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Die Vermögensrechnung weist einen Passivsaldo von 7799 Millionen Franken auf.

Für die Finanzierung der Rüstungsausgaben haben die eidg. Räte einen Verfassungsartikel angenommen, der für Rüstungszuschläge zur Wehrsteuer und eine gegenüber früheren Projekten gemäßigte Getränkesteuer vorsieht und der aber im Juli 1952 in der Volksabstimmung eine scharfe Ablehnung erfuhr. Mit einem Volksbegehren hat die Sozialdemokratische Partei die Erhebung eines Friedensopfers zum gleichen Zweck wie zum Schutze der sozialen Errungenschaften vorgeschlagen. Diese Vorlage wurde aber am 18. Mai 1952 von Volk und Ständen verworfen. Ebenfalls verworfen wurde einige Wochen vorher eine Initiative der PdA auf Abschaffung der Warenumsatzsteuer.

Der Betriebsertrag der Bundesbahnen belief sich im Jahre 1951 auf 716 Millionen Franken, sodaß bei einem Betriebsaufwand von 501 Millionen ein Betriebsüberschuß von 215 Millionen Franken zu verzeichnen ist. Der gegenüber dem Vorjahr 60 Millionen ausmachende Mehrertrag ist eine Folge des wieder stärkeren Verkehrs. Das Ergebnis erlaubt nun auch eine stärkere Abschreibung, als sie im Vorjahr möglich gewesen war. Zu erwähnen ist aber auch, daß die Gütertaxen ab Januar und die Personentarife ab 1. April 1952 erhöht worden sind. Das gleiche Schicksal erfahren auch die Posttaxen mit der Revision des Postverkehrsgesetzes, das nun auch die Portofreiheit bis auf kleine Reste beseitigen soll.